

Bundestagswahl 26. September 2021

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in den letzten Tagen und Wochen erleben wir einen seltsamen und ungewöhnlichen Start des Bundestags-Wahlkampfes. Im Fokus der Medien stehen drei Menschen, die von ihren Parteien für das Amt des Bundeskanzlers/der Bundeskanzlerin vorgeschlagen wurden. Zuspitzung und propagandistische Instrumentalisierung sind an der Tagesordnung, jeder Schritt und jedes Wort werden kritisch untersucht. Das soll und kann auch ruhig so sein. Was dabei besorgt macht ist die Tatsache, dass Ziele und Wahlaussagen der Parteien kaum noch diskutiert werden. Dabei haben wir Kanzlerkandidaten, die deutlich von dem abweichen, was man in den Parteien selbst sieht. Wir meinen, dass das bei der Wahlentscheidung berücksichtigt werden sollte. Dass Kanzler oder Kanzlerin eine wichtige Rolle spielen ist unstrittig. Diskussionen und Entscheidungen sind letztlich aber davon abhängig, wie die Mehrheitsverhältnisse im neuen Deutschen Bundestag aussehen. Wir laden Sie ein, sich über das Wahlprogramm der CDU/CSU zu informieren und wir hoffen, dass Sie sich mit Ihrer Erststimme für Erwin Rüddel entscheiden und Ihre Zweitstimme der CDU gehört!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger im Wahlkreis Neuwied / Altenkirchen!

In Ihrem Auftrag vertrete ich im Deutschen Bundestag die Interessen unserer Heimat. Das möchte ich mit Ihrer Unterstützung auch künftig tun.

In Berlin werde ich für eine Politik kämpfen, die nach der Corona-Pandemie die Wirtschaft in Schwung bringt und Arbeitsplätze schafft, die die Steuerzahler entlastet, die Familien unterstützt und die Renten sichert. Und für eine Politik, die mit weniger Bürokratie Mittelstand und Landwirtschaft stärkt, in Bildung investiert, den ländlichen Raum fördert, das Klima schont und die Kriminalität bekämpft. Ich werde dafür eintreten, die Zuwanderung wirksam zu steuern und mit den Partnern in der EU unser Europa für den Wettbewerb mit den USA und China zu stärken.

In unserer Heimat geht es um attraktive Lebensbedingungen für Jung und Alt. Dafür braucht es sichere Arbeitsplätze, eine gute Infrastruktur und eine hochwertige, wohnort-nahe gesundheitliche Versorgung. Gute Mobilfunkverbindungen und schnelles Internet für alle müssen zur selbstverständlichen Daseinsvorsorge gehören. Die Digitalisierung ist der Schlüssel zur Zukunft. Das gilt auch

für den heimischen Wahlkreis, denn wir haben dadurch die große Chance, mit den urbanen Zentren und Metropolregionen konkurrieren zu können. Kitas, Schulen und Mehrgenerationenhäuser dürfen auch künftig darauf vertrauen, dass ich mich in Berlin für weitere Finanzmittel einsetzen werde. Das gilt ebenso für Bundesmittel zugunsten des Städtebaus und des Denkmalschutzes.

Und natürlich werde ich auch künftig für die weitere Reduzierung des Bahnlärms kämpfen und mich für die vielen Aktiven einsetzen, die sich ehrenamtlich in unserem heimischen Brauchtum, in Vereinen und Initiativen, in Feuerwehr, THW und im Sport für unser Gemeinwesen engagieren.

Deshalb bitte ich bei der Wahl am 26. September erneut um Ihr Vertrauen!

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr

Erwin Rüddel, MdB
Vorsitzender des
Gesundheits-
ausschusses

Für Sie.
Für unsere Heimat.
Für Deutschland im
Deutschen Bundestag.



Erststimme
Erwin Rüddel, CDU

Ära Merkel geht zu Ende

Dazu hat der Deutschland-Funk am 14.08.2021 einen Beitrag gesendet, den wir hier in Auszügen wiedergeben:

Mit dieser Bundestagswahl endet die Ära Angela Merkel. 16 Jahre Kanzlerin – das haben viele damals „Kohls Mädchen“ nicht zugetraut. Heute gilt sie als wichtigste Politikerin der Welt. Was bleibt? Noch sechs Wochen, dann wählen wir einen neuen Bundestag. Wer das Rennen machen wird, welche Koalition anschließend entsteht, ist völlig unklar. Nur eins steht fest: Angela Merkel steht nicht mehr zur Wahl. „Gut, dass sie weg ist“, sagen die einen, „Wir werden sie noch vermissen“, die anderen. Zeit für eine Bilanz.

„Ich gehöre eher zu der Fraktion `Wir werden sie noch vermissen`, wenn auch nur in Teilen“, sagt Julia Reuschenbach, Politikwissenschaftlerin an der Universität Bonn. Mit diesem Gefühl sei sie nicht alleine: „Ich bin mir nicht sicher, ob wir die Politikinhalte vermissen werden oder ihren Stil, diese Unaufgeregtheit. Sie musste viele Krisen managen, viel Unerwartetes. Dabei war sie sehr routiniert, sehr sachorientiert.“ Ganz Naturwissenschaftlerin. Das habe sich in der Finanzkrise ebenso gezeigt, wie in ihrer Flüchtlingspolitik oder aktuell in der Corona-Zeit. „Sie gilt als authentisch; man vertraut ihr – und da muss erst einmal jemand herankommen. Das sind Werte, die auf dem Markt hoch gehandelt werden.“

Vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin. WIR werden Sie vermissen!

Angela Merkel – Ein Rückblick

- ❖ Seit dem G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahr 2007 Klimaschutz als Hauptanliegen.
- ❖ Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011 schrittweiser Ausstieg aus der Kernkraft. Ende 2022 soll das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz gehen.
- ❖ Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038
- ❖ Bis 2045 soll Deutschland treibhausgasneutral werden.

Merkel ist sich bewusst: Es muss noch mehr passieren.

- ❖ Nach 55 Jahren wird am 1. Juli 2011 die Wehrpflicht in Deutschland ausgesetzt.
- ❖ Nach 20 Jahren verlässt die Bundeswehr Afghanistan.
- ❖ Im März 2007 beschließt der Bundestag die Rente mit 67. Von 2012 an wird das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 angehoben. Ab Juli 2014 gibt es die abschlagfreie Rente mit 63. Sie kann in Anspruch nehmen, wer mindestens 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt hat. Rund 1,7 Millionen Menschen nutzten dies bisher.
- ❖ Am 1. Januar 2015 tritt ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro in Kraft. Aktuell liegt er bei 9,60 Euro.
- ❖ Flüchtlingskrise 2015 und Merkels „Wir schaffen das“ führt zum Erstarken der AfD
- ❖ In der Corona-Krise verfolgt Merkel einen harten Kurs.
- ❖ Schuldenbremse beschlossen 2009, gültig im Bund ab 2016 (Schwarze Null ab 2014!), in den Ländern ab 2020. Der ausgeglichene Etat fällt allerdings der Corona-Krise zum Opfer.
- ❖ Einführung des Elterngeldes 2007
- ❖ Ehe für alle ab 2017 (Merkel selbst war dagegen)
- ❖ In der Euro- und Finanzkrise 2008 verfolgt sie strikt den Kurs gegen eine Schulden- und Transferunion, gibt diese Haltung erst in der Coronakrise auf

Wie geht es weiter?

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurden verschiedene Wahlen zum Deutschen Bundestag als Richtungs- wahl bezeichnet. Das kann man sicher auch von der bevorstehenden Wahl sagen. Die aktuellen Herausforderungen, die Corona, Flutkatastrophen und Afghanistan mit sich bringen, müssen gemeistert werden.

Gleichzeitig gilt es, das Augenmerk auf die Zukunft zu richten und die Entscheidungen zu treffen, die unser Land auf dem richtigen Weg halten und die Zukunft sichern.

Es ist also nicht der richtige Zeitpunkt für Experimente. Verlässlichkeit und Vertrauen

sind gefragt, Verantwortung für Deutschland und den europäischen Gedanken auf der Basis klarer Visionen. Rot-rot-grün ist da keine Alternative.

- Olaf Scholz – agiert geschickt aus der Deckung und lautlos, profitiert von den Fehlern der anderen. Die SPD versteckt sich hinter ihrem Kanzler-Kandidaten, dem sie vor nicht allzu langer Zeit nicht die Führung der eigenen Parteiorganisation überlassen wollte. Stattdessen wurden Esken und Walter-Borjans aufs Schild gehoben. Wer für Scholz votiert, kriegt die beiden gleich mit. Und da hat Scholz noch einen weiteren ‚Freund‘ im Rucksack: Kevin Kühnert, bis Januar 2021 Juso-Bundesvorsitzender, der vor zwei Jahren in einem „Zeit“-Interview noch erklärte, er wolle eine Kollektivierung von Unternehmen wie BMW „auf demokratischem Wege“ erreichen. Ohne Kollektivierung sei „eine Überwindung des Kapitalismus nicht denkbar“. Herzlichen Glückwunsch, schöne Aussichten - es lohnt sich, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen!

Scholz schließt eine Koalition mit den Linken nicht mehr aus und schiebt bei einem Interview im TV-Sender Bild nach, was wie eine Drohung klingt: „Wer mich wählt, bekommt auch das, was er bestellt.“

- Beim Thema Annalena Baerbock schließen wir uns ausnahmsweise Oskar Lafontaine an (Facebook, 20.04.2021):

„Es wäre in der Wirtschaft undenkbar, dass jemand Chef von sagen wir VW, Daimler oder BASF wird, der noch nie in einem kleinen Betrieb Geschäftsführer war, oder in einem mittleren Unternehmen Abteilungsleiter oder Vorstandsmitglied.“

Die Grünen und viele ihre Anhänger im Journalismus sind mit Annalena Baerbock offensichtlich der Meinung, wenn man Mitarbeiterin einer grünen Fraktion war und zwei Kinder großzieht, sei man hinreichend qualifiziert, Bundeskanzlerin der größten Wirtschaftsnation Europas zu sein. Mir fällt dazu nur Wilhelm Busch ein:

*„Wenn einer, der mit Mühe kaum,
gekrochen ist auf einen Baum,
schon meint, dass er ein Vogel wär, so irrt
sich der.“*

Deshalb: Keine linken Gehversuche, sondern Freiheit in Verantwortung. CDU/CSU setzen nicht auf Verbote, sie setzen auf Anreize.

Das Wahlprogramm der CDU - Das Programm für Stabilität und Erneuerung - Gemeinsam für ein modernes Deutschland.

Wir betonen: Diese Bundestagswahl ist für unser Land eine Richtungsentscheidung am Beginn eines wichtigen Jahrzehnts.

Es geht darum, ob die Union als Garant für verlässliches Regieren unser Land führt oder ob wir Experimente mit ungewissem Ausgang bekommen.

Es geht darum, ob wir mit einer Politik für wirtschaftliche Dynamik unser Land stark aus der Krise führen oder ob unter Führung der SPD oder der Grünen Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze gefährdet sind.

Warum die Union gewinnen muss!

Die Alternativen liegen klar auf der Hand:

- ❖ Familien entlasten statt belasten
- ❖ solide Finanzen statt immer neue Schulden
- ❖ neue Wirtschaftskraft statt Wirtschaftskrise
- ❖ Vertrauen in die Menschen statt ständig neue Regelungen
- ❖ schnelleres Planen und Bauen statt neuer Bremsklötze
- ❖ wirksamen Klimaschutz statt kleinteiliger Bevormundung und Veto-Ministerium
- ❖ bezahlbaren Wohnraum für Familien statt Enteignungen und Verbot von Einfamilienhäusern
- ❖ konsequenter Rechtsstaat statt Wegsehen
- ❖ Stabilität und Erneuerung statt Experimente

Diese Unterschiede werden wir gemeinsam deutlich machen.

- **Jetzt geht's richtig los. Wir kämpfen gemeinsam mit ganzer Kraft. Nehmen wir die Zukunft unseres Landes selbst in die Hand.**

Wir appellieren an alle: Gehen Sie wählen! Persönlich im Wahllokal oder per Briefwahl!

Der Wahlschein kann bei der Gemeinde des Hauptwohnortes – entweder persönlich oder schriftlich – angefragt werden. Spätestens kann ein Wahlschein bis Freitag, 18 Uhr vor dem Wahltag beantragt werden.

Sie benötigen Hilfe bei der Briefwahl?

Kontaktieren Sie Beate Kerres (0151-17212692), Werner Heinz (02631-74732) oder Erich Schneider (02631-74920). Wir unterstützen Sie gerne.



DIE AHRFLUT

Wie ein Tsunami überschwemmte eine Flutwelle am 14. und 15. Juli 2021 das Ahrtal. Diese Jahrtausend-Flut zerstörte, nach immensen Regenfällen, in unvorstellbarem Ausmaß Menschenleben, Infrastruktur und Landschaft. Augenscheinlich versagten Katastrophen-Schutzpläne, Informationsketten brachen zusammen, hier ist sicherlich einiges aufzuarbeiten.

Das Bundeskabinett hat den Aufbaufonds für die Hochwassergebiete verabschiedet. In dieser Woche wurde der Bundesgesetzentwurf in erster Lesung im Bundestag beraten. Der Fonds wird durch den Bund mit Mitteln in Höhe von bis zu 30 Milliarden Euro ausgestattet. Die Länder müssen sich an der Finanzierung der vom Bund zur Verfügung gestellten Fondsmittel über eine Anpassung der Verteilung des Umsatzsteueraufkommens beteiligen. Innerhalb der Länderebene verteilen sich die Lasten nach den Verhältnissen der Einwohnerzahlen.

Julia Klöckner betont: „Die Schäden müssen zügig beseitigt und die Gefahren für morgen reduziert werden. Die Hilfe muss schnell und unbürokratisch vor Ort ankommen. Die Landesregierung ist gefragt! Tempo und bessere Koordination beim Aufbau tut in Rheinland-Pfalz not. Die Menschen in den

betroffenen Gebieten haben über Nacht alles verloren – ihr Hab und Gut, geliebte Menschen, ihre ganze Existenz. 16 der 30 Milliarden Euro des Aufbaufonds werden noch in diesem Jahr ausgezahlt, die Zukunft der Menschen und der Flutgebiete hängt davon ab. Die Mittel fließen auch in die stark betroffene Landwirtschaft. Der heute beschlossene Fonds ist ein wichtiger und richtiger Akt der Solidarität und spiegelt den Zusammenhalt in ganz Deutschland wider.“

„Neben den finanziellen Mitteln brauchen wir zudem eine Beschleunigung im Baurecht, um zügig bauen und zerstörte Infrastruktur erneuern zu können. Wir brauchen Erleichterungen im Vergaberecht. Und wir brauchen Flexibilität beim Einsatz der Finanzmittel: Nicht alle Schäden sind jetzt bereits offensichtlich – die Ausgestaltung der Umsetzungsrichtlinien darf bislang nicht absehbare Anwendungsfälle nicht ausschließen.“

Der Gesetzentwurf beinhaltet u.a. folgende Themenfelder:

- die Verlängerung der Förderzeiträume des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes um zwei Jahre, um eine fristgerechte Umsetzung der durch das Hochwasser beeinträchtigten Projekte weiterhin zu ermöglichen
- den Pfändungsschutz von Hochwasser-Soforthilfen
- die Änderung des Telekommunikationsgesetzes, Einführung von Cell Broadcast
- die Änderung des Baugesetzbuchs zur bauplanungsrechtlichen Erleichterung der befristeten Errichtung mobiler Unterkünfte für Betroffene von Hochwasserkatastrophen sowie mobiler Infrastruktureinrichtungen (z.B. Rathaus, Schule, Kindertagesstätte) in von Hochwasserkatastrophen betroffenen Gemeinden
- die Änderung des Bundesfernstraßengesetzes und des Allgemeinen Eisenbahngesetzes, mit dem die schnelle Errichtung von Ersatzneubauten im Bereich der Verkehrsinfrastruktur erleichtert wird. Die Regelung stellt klar, dass bauliche Umgestaltungen und Änderungen an Grund- und Aufriss grundsätzlich genehmigungsfrei sind, wenn sie aus Gründen der Resilienz gegen künftige Naturereignisse geboten sind

www.jetzt-gemeinsam-anpacken.de

